

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

Z. 11 0502/184-Pr.2/81

II-3452 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollendes Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

1982 02 11

1613 IAB

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Parlament

1982 -02- 11
zu 1649/J

1017 W i e n

Auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.Ing. Dr. Leitner und Genossen vom 18. Dezember 1981, Nr. 1649/J, betreffend Überstundenleistungen im Bereich der Bundesverwaltung, beehre ich mich mitzuteilen:

Zu 1):

Bei der vom Bundesminister für soziale Verwaltung angestellten Überlegung handelt es sich um eine von mehreren Denkanstößen, um grundsätzliche Lösungsvarianten zur Problematik der Arbeitsplatzsicherung zur Diskussion zu stellen.

Zu 2):Gesamtbetrag für Überstunden im Finanzressort

1980	S	400,712.732
1.1. - 31.10.1981	S	321,231.006

Gesamtbetrag für Mehrleistungszulagen im Finanzressort

1980	S	113,816.279
1.1. - 31.10.1981	S	98,370.132

Zu 3):

Im Ressortbereich wurden im Jahre 1980 3,46 Mio und in der Zeit vom 1.1. - 31.10.1981 2,58 Mio Überstunden vergütet.

Bezüglich der Mehrleistungen wird darauf hingewiesen, daß auf Grund der zur Verfügung stehenden Unterlagen des Bundesrechenamtes zwar die der Bezahlung der Überstunden zugrunde gelegte Anzahl der Überstunden bekanntgegeben werden kann, ein solcher Rückschluß bei den einzelnen Arten von Mehrleistungszulagen jedoch nicht möglich ist.

Zu 4):a) BMF-Zentralleitung

Oberstunden:

1980 145.159
 1.1. - 31.10.1981 110.871

Mehrleistungszulagen:

1980 S 1,616.279
 1.1. - 31.10.1981 S 1,320.132

b) Nachgeordnete Dienststellen

Oberstunden

1980 3,314.841
 1.1. - 31.10.1981 2,469.129

Mehrleistungszulagen

1980 S 112,2 Mio S
 1.1. - 31.10.1981 S 97,05 Mio

Zu 5):

Die Beantwortung dieser Frage ist aus den zu 3) angeführten Gründen nicht möglich.

Zu 6 - 8):

Es wird darauf hingewiesen, daß es sich hier um generelle, nicht nur den Ressortbereich betreffende Fragen handelt, die sehr wesentlich die Interessen der Gewerkschaft öffentlicher Dienst, der Gewerkschaft der Eisenbahner und der Gewerkschaft der Post- und Telegraphenbediensteten berührt. Gespräche mit diesen Gewerkschaften über generelle Probleme des öffentlichen Dienstes finden laufend statt. Weiters wird darauf hingewiesen, daß bei der Erstellung des jeweiligen Stellenplanes für das kommende Jahr nach sparsamsten Gesichtspunkten vorgegangen wird. Die Schaffung von Planstellen anstelle der Leistung von Oberstunden müßte zwangsläufig zu einer Erhöhung der Planstellen führen. Damit würde aber nicht nur das Gegenteil dessen eintreten, was von den Oppositionsparteien dauernd gefordert wird - nämlich die Reduzierung der Planstellen - , sondern es würde auch ein wesentliches Element der Flexibilität der öffentlichen Verwaltung verloren gehen.

Zu 9):

Wie schon zu 1) ausgeführt wurde, stellt die Überlegung von Bundesminister für soziale Verwaltung, Dallinger, lediglich einen Denkanstoß dar. Eine Quantifizierung allfälliger finanzieller Belastungen ist derzeit nicht möglich.

Rudolf Bursch